

Zustimmung zur liberalen Demokratie in Deutschland bleibt sehr hoch



Der neue "Demokratiemonitor 2026" der Bertelsmann Stiftung zeigt: Trotz deutlicher Kritik am praktischen Funktionieren politischer Institutionen bleibt die grundsätzliche Zustimmung zur liberalen Demokratie in Deutschland sehr hoch - und hat sich seit 2019 in Teilen sogar verbessert. Eine breite Mehrheit (82 Prozent) befürwortet überdurchschnittlich stark demokratische Werte, zugleich klafft in vielen Bereichen eine spürbare Lücke zwischen Anspruch (Legitimität) und wahrgenommener Umsetzung (Performanz), besonders bei den Parteien. Die Forscher des Demokratiemonitors sehen darin keinen Anlass für Alarmismus, sondern ein Zeichen demokratischer Resilienz der Demokratie

Die Akzeptanz der liberalen Demokratie in Deutschland erweist sich als bemerkenswert stabil und widerstandsfähig, obwohl viele Bürger:innen ihr praktisches Funktionieren oft kritischer bewerten. Wie der neue "Demokratiemonitor 2026" der Bertelsmann Stiftung zeigt, bleiben die Legitimitäts- und Akzeptanzwerte für demokratische Werte und Institutionen auf einem sehr hohen Niveau und haben sich im Zeitvergleich zwischen 2019 und 2025 sogar noch einmal leicht verbessert. Das gilt auch für diejenigen Befragten, die mit dem Funktionieren der Demokratie eher unzufrieden sind.

Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Für die Studie wurden acht unterschiedliche Demokratiemodule untersucht. In allen zeigt sich eine deutliche Lücke zwischen dem normativen Anspruch an die Demokratie (Legitimität) und deren wahrgenommener Umsetzung im Alltag (Performanz). Während die Zustimmungsquoten zur Legitimität in den acht untersuchten Demokratiemodulen zwischen 77 und 91 Prozent liegen, bewerten nur zwischen 15 und 65 Prozent der Befragten auch ihr Funktionieren überdurchschnittlich positiv.

Am geringsten fällt die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Modul Wahlen aus: Mehr als neun von zehn aller Befragten (91 Prozent) stimmen den Werten und Regeln demokratischer Wahlen zu, und immerhin fast zwei Drittel (65 Prozent) bewerten auch ihr praktisches Funktionieren überdurchschnittlich positiv. Sehr viel größer ist die Diskrepanz bei den Parteien: Mehr als drei Viertel der Deutschen (77 Prozent) befürworten zwar die Werte und Funktionen demokratischer Parteien. Gleichzeitig sind

aber lediglich 17 Prozent der Befragten auch mit dem praktischen Funktionieren der Parteien zufrieden.

"Geringe Zufriedenheitswerte mit ihrem Funktionieren allein sind aber noch keine Krise der Demokratie?", erläutert Robert Vehrkamp, Leiter und Mitautor der Studie. "Zu einem Problem werden geringe Zufriedenheitswerte erst dann, wenn sie auch die Legitimität der Demokratie als solcher beschädigen. Das ist aber nach den Ergebnissen unserer Studie in Deutschland noch nicht einmal ansatzweise der Fall?", so Vehrkamp.

Zeichen für demokratische Resilienz statt Krise

Dass die geringe Zufriedenheit mit der praktischen Arbeit von Institutionen bisher nicht zu einer Beschädigung der grundsätzlichen Akzeptanz der Demokratie geführt hat, werten die Studienautoren deshalb als starkes Zeichen für demokratische Resilienz. "Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist nicht bereit, das Kind der Demokratie mit dem Bade ihres verbesserungsfähigen Funktionierens auszuschütten. "Vielen scheint also bewusst zu sein, wie voraussetzungsvoll Demokratie eigentlich ist?", erläutert der Mitautor der Studie Michael Koß.

Verbesserte Demokratiewerte trotz globaler Krisen

Ein zentrales Ergebnis des Längsschnittvergleichs ist, dass sich die Legitimitätswerte seit 2019 - einem Zeitraum, in dem auch die massiven Belastungen der Coronakrise und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine lagen - in sechs von acht Modulen um 2 bis 5 Prozentpunkte verbessert haben. Diese Entwicklung unterstreicht, dass die institutionellen Grundlagen der Demokratie in Deutschland fest in der politischen Kultur verankert sind und selbst durch globale Krisen und ihre Auswirkungen auf Deutschland bislang nicht erschüttert wurden.

Kein Grund für Alarmismus, aber klarer Handlungsbedarf

Die Studienautoren warnen deshalb davor, die schlechten Performanzbewertungen als Beleg für eine Krise der Demokratie misszuverstehen. "Demokratie lebt von Kritik, erlaubt sie und braucht sie. Aber die Ergebnisse sind kein demokratiepolitisches Ruhekitzel, so die Autoren. Die deutlichen Funktionsdefizite in der Praxis sollten als konkrete Ansatzpunkte für Demokratiereformen verstanden werden, um auch ihr Funktionieren in der Praxis zu verbessern.